

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 35/39
Telex: 8 86 846 pohn d

Inhalt

42. Jahrgang / 144

4. August 1987

Dr. Hermann Scheer MdB wendet sich gegen weitere Verzögerungen der Abrüstungsverhandlungen: Bonn darf sich nicht als Nuklearmacht aufspielen.

Seite 1

Hans Böhler MdB legt dar, daß das Devisenproblem der DDR-Reisenden nur mit Ost-Berlin gemeinsam lösbar ist: Die Bundesregierung ist am Zuge.

Seite 3

Florian Gerster MdB bewertet die Reservistenkonzeption 90 der Hardthöhe: Einstieg in neue Bundeswehr-Struktur?

Seite 4

Dokumentation
Der DGB hat alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgerufen, an den Veranstaltungen zum Anti-Kriegstag am 1. September teilzunehmen. Wortlaut

Seite 5

Gegen weitere Verzögerungen der Abrüstungsverhandlungen

Die Bundesregierung darf sich nicht als Nuklearmacht aufspielen

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Es ist die verdamnte Pflicht der Bundesregierung gegenüber dem deutschen Volk, die Pershing 1a nicht länger als Abrüstungs-Verhinderungswaffe einzusetzen.

Es gibt mehrere denkbare Wege, von der unhaltbaren Pershing 1a-Rolle bei einer Null-Lösung herunterzukommen:

- Der Verzicht der Bundesregierung auf die Beibehaltung der Pershing 1a-Raketen,
- ein generelles amerikanisch-sowjetisches Produktions- und Umwandlungsverbot für Mittelstreckenraketen, so daß die Pershing 1a in den nächsten Jahren automatisch gegenstandslos würde,
- ein Abzug der amerikanischen Sprengköpfe.

Aus den Reihen der Bundesregierung ist jetzt eine vierte Variante ins Spiel gebracht worden: Abzug der Pershing 1a, wenn auch die SCUD-B-Systeme in der DDR und der CSSR mit einer Reichweite von 300 km abgezogen würden, deren Trägerraketen im Besitz der DDR und CSSR sind.

Noch ist nicht klar, ob damit bezweckt ist, ohne Gesichtsverlust von der unhaltbaren Pershing 1a-Position loszukommen, oder durch immer neue Zusatzbedingungen die Verhandlungen weiter zu verzögern.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Häuselallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kleinformat-Übergang
mit wasserdichten Rücklagen
Recycling-Papier



Für die SPD ist maßgeblich:

1. Es darf keine weiteren deutschen Verzögerungen der Null-Lösung bei allen Mittelstreckenraketen über 500 km Reichweite geben. Wenn sich der amerikanische und sowjetische Außenminister treffen, muß das Pershing Ia-Hindernis abgeräumt sein.
2. Es muß Anschlußverhandlungen über den Abbau aller Kurzstreckenraketen geben.
3. Die Bundesregierung darf sich international nicht als halbe Nuklearmacht aufspielen und als solche Parallelverhandlungen mit der Sowjetunion aufnehmen. In aller Entschiedenheit wendet sich die SPD gegen Versuche der Bundesregierung, wie ein atomarer „Drittstaat“ behandelt werden zu wollen.
4. Eigene Initiativen der Bundesregierung sollten sich stattdessen darauf konzentrieren, mit der Regierung der DDR und der CSSR darüber zu sprechen, wie der Abrüstungsprozeß konstruktiv vorangetrieben werden kann. Dies läge im Sinne des Grundlagenvertrages mit der DDR und ist angesichts des bevorstehenden Honecker-Besuches besonders angebracht.

Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR und CSSR gibt es atomare Trägersysteme, deren Sprengköpfe im amerikanischen beziehungsweise sowjetischen Besitz sind. Da weder die USA noch die Sowjetunion mit formeller völkerrechtlicher Verbindlichkeit über diese Waffen verhandeln können, und da diese Waffen gleichzeitig in den Abrüstungsprozeß einbezogen werden müssen, ist künftig ein begleitender mitteleuropäischer Abrüstungsdialog sinnvoll. Dies läge auf dem Weg, den die SPD in Gesprächen mit der SED bereits beschritten hat, und der im Oktober 1986 zu dem Modell über einen atomwaffenfreien Korridor geführt hat.

(-/4.8.1987/ra/ks)



Die Bundesregierung ist am Zuge

Das Devisenproblem der Reisenden ist nur mit der DDR gemeinsam lösbar

Von Hans Bülchler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Bundestages

Wenn es um Fragen geht, die mit der DDR besprochen werden müssen, empfiehlt es sich nicht, öffentlich Patentrezepte zu verkünden.

Die Situation ist kompliziert. Die Entscheidung der DDR, Reisenden in dringenden Familienangelegenheiten nun genauso wenig DM mitzugeben, wie den Rentnern schon immer nur erlaubt war, hat etwas mit der chronischen Devisenknappheit der DDR, mit der geringen Flexibilität ihrer Planwirtschaft, aber auch damit zu tun, daß autoritäre Regierungen stets dazu neigen, Schwierigkeiten auf Kosten des Einzelnen und seiner individuellen Bewegungsfreiheit beizukommen, statt kollektive Lösungen zu suchen.

Was jetzt geschehen ist, macht uns alle auf einen Umstand aufmerksam, der mich schon lange stört: die Menschen aus der DDR finden sich bei uns in der Rolle eines Bittstellers. Sie müssen sich entweder ganz von ihren Verwandten „aushalten“ lassen oder sie können zusätzlich bei den Gemeindeverwaltungen um ein Begrüßungsgeld bitten.

Ganz gleich ob sie mit dem Begrüßungsgeld und dem von der DDR gebilligten Devisensatz nun 45 DM oder 100 DM zur Verfügung haben, ist den Besuchern aus der DDR eine auch nur einigermaßen gleichberechtigte Teilnahme am Konsum, an gesellschaftlichen und kulturellen Ereignissen unmöglich. Sie kommen hier in ein regelrechtes Konsumparadies, ohne es auch nur annähernd und nach eigenem Ermessen nutzen zu können.

Dabei haben sie in ihrer eigenen Währung zu Hause durchaus Summen zur Verfügung, die Ihnen noch beim Umtausch, wie er banküblich ist, bessere Möglichkeiten erlauben würden. Aber das wird von der DDR verboten.

Die einzige Möglichkeit ist eine Auflockerung dieses Verbotes durch die DDR. Sicher entstehen dadurch Schwierigkeiten vor allem für die DDR, die aber in beiderseitigem Einvernehmen lösbar sind. Sicher ist auch, daß im Geldverkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR völlig neue Wege beschritten werden müssen. Die DDR gilt durch die besonderen Beziehungen zur Bundesrepublik als weiteres EG-Land; eine ähnliche Vorstellung wäre auch im Devisenverkehr dankbar.

Aber alle anderen Vorschläge, die ich bislang gehört habe, sind von vorneherein untauglich. Woher sollen, zum Beispiel bei dem Geißler-Vorschlag, Geld und Kapazitäten kommen, um der DDR die Unterbringung von soviel mehr Touristen aus dem Westen zu erlauben, daß sie damit die Devisen für Westreisen der eigenen Bürger bezahlen kann? Auch eine Ausweitung im Bereich des Neubaus von Hotels, Ferienwohnungen und so weiter würde mittelfristig und schon gar nicht kurzfristig die Situation verbessern. Denn wer die Verhältnisse in der DDR kennt, der weiß um die langen Listen und langen Wartezeiten bei Ferienwünschen von DDR-Bürgern im eigenen Land, und der wüßte, daß der Vorschlag die Devisen über vermehrte Westtouristen zu beschaffen an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeiginge. Die Devisen dürfen nicht auf Kosten der Bürger in die DDR fließen.

Der kürzlich vorgebrachte Verweis von Frau Wilms auf die private Initiative ist zwar nicht falsch, berücksichtigt aber weder die psychologisch schwierige Situation der Besucher aus der DDR noch die Tatsache, daß wir in der Bundesrepublik auch - und in den letzten Jahren immer mehr - Menschen haben, die so niedrige Renten oder Sozialhilfe beziehen, daß sie ihre Verwandten aus der DDR einfach für die gesamte mögliche Besuchszeit nicht finanzieren können.

Wir haben es hier wieder einmal mit einem Problem zu tun, daß nur mit der DDR gemeinsam gelöst werden kann. Die Bundesregierung ist hier am Zuge.

(-/4.8.1987/rs/ks)



Einstieg in neue Bundeswehr-Struktur?

Zur Reservistenkonzeption 90

Von Florian Gerster MdB

Die im Entwurf vorliegende Reservistenkonzeption für die Bundeswehr der 90er Jahre hat tiefgreifende Auswirkungen auf Personalplanung und Wehrstruktur. Ganz zu schweigen von den erforderlichen Haushaltsmitteln und dem im nächsten Jahrzehnt zu erwartenden Personalbedarf des allgemeinen Arbeitsmarktes bei schwachen Jahrgängen.

Politisch vorgegebene Rahmenbedingungen haben die Erarbeitung der Konzeption belastet:

- Die Friedensstärke der Bundeswehr von 495.000 Soldaten mußte (scheinbar) aufrechterhalten werden;
- eine völlig neue Wehrstruktur durfte nicht als Ergebnis herauskommen;
- die Belastbarkeit der aktiven Truppe mit einer Vervielfachung der Wehrübungen mußte schlicht unterstellt werden;
- Motivation, also „Wehrbereitschaft“ wird bei den betroffenen Reservisten vorausgesetzt trotz Klagen über sinnlose Übungstätigkeit und trotz steigender Verweigererzahlen.

Begrüßenswert ist das Prinzip, daß Wehrpflichtige und länger dienende Soldaten während der aktiven Dienstzeit auf ihre Verwendung als Reservisten vorbereitet und für sie ausgebildet werden sollen. Begrüßenswert ist ferner, daß auch Reservisten künftig einen Stammtruppenteil, eine militärische Heimat bekommen sollen, der sie auf längere Sicht angehören.

Die Bereitschaft der Betroffenen zu wesentlich intensiverer Wehrübungsaktivität nach verlängertem Grundwehrdienst (18 Monate) wird nur zu erreichen sein, wenn das Ziel „sinnvoller, fordernder Dienstgestaltung“ vom Bundesministerium der Verteidigung als konkreter Auftrag verstanden und umgesetzt wird.

Der Bundesverteidigungsminister sollte die Chance wahrnehmen, eine Konzeption für die Bundeswehr-Struktur der 90er Jahre - nicht nur eine Reservistenkonzeption - zu erarbeiten. Die von der SPD geforderte Wehrstruktur-Kommission könnte ihm helfen, weitreichende Reformvorschläge vorzulegen und politische Tabus abzubauen. In dem Bericht der Wehrstrukturkommission 1972 stehen bereits Vorschläge - etwa zu Truppenversuchen mit einem Miliz-Modell -, die nachzulesen auch im Jahre 1987 lohnt.

(-/4.8.1987/rs/ks)



DOKUMENTATION

DGB-Aufruf zum Anti-Kriegstag: Jetzt abrüsten

Der DGB hat alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgerufen, an den Veranstaltungen zum Anti-Kriegstag am 1. September teilzunehmen. „Die Sicherung und Förderung des Friedens in der Welt sind zentrale gewerkschaftliche Ziele“, heißt es in dem Aufruf „Jetzt abrüsten / Sicherheit schaffen / Nie wieder Krieg“, den wir im Wortlaut veröffentlichen.

In Europa leben wir seit dem Zweiten Weltkrieg - seit 42 Jahren - ohne Krieg. Dies ist - geschichtlich gesehen - eine verhältnismäßig lange Zeit. Viele Menschen sind seither geboren und aufgewachsen, ohne die Schrecken kriegerischer Auseinandersetzungen miterlebt haben zu müssen. Aber immer noch ist Europa gekennzeichnet durch den Ost-West-Konflikt.

Begriffe, wie zum Beispiel „Kalter Krieg“, rufen in Erinnerung, daß unsere Nachkriegszeit keineswegs schon eine sichere Friedenszeit für die Völker Europas ist. Das Tempo der Aufrüstung übertraf bei weitem das Tempo des wirtschaftlichen Aufbaus.

An der durch den Zweiten Weltkrieg gezogenen Trennungsgrenze entwickelte sich - insbesondere in beiden Teilen Deutschlands - eine Waffendichte, die nirgendwo ihresgleichen findet.

Da es im Atomzeitalter keinen verlässlichen militärischen Schutz mehr gibt, wurde von beiden Militärblöcken die Doktrin der Abschreckung entwickelt. Immer größere Atomwaffenarsenale wurden angehäuft, die nicht der Verteidigung, sondern der Vergeltung dienen. Der jeweilige Gegner soll nur unter Inkaufnahme des eigenen Untergangs angreifen können.

Jede Seite versuchte, durch den steigenden Einsatz finanzieller und wissenschaftlicher Mittel die Abschreckung immer perfekter zu garantieren und sich Vorteile in der Waffenstärke zu verschaffen. Die Rüstungsspirale drehte sich immer schneller - und dies in Friedenszeiten. Das Gefühl der gegenseitigen Bedrohung wuchs.

Durch die bestehenden Militärdoktrinen im Atomzeitalter gibt es keinen militärischen Schutz für die eigene Bevölkerung mehr, sondern nur noch die Gewißheit, den eigenen Tod mit dem des Angreifers vergelten zu können.

Dem Wissen, daß im Kriegsfall alle gemeinsam sterben, kann nur die Hoffnung entgegengesetzt werden, genügend Vertrauen zu schaffen, um gemeinsam leben zu können. Friedens- und Abrüstungsverträge schaffen Partner, die sich auf gemeinsame Festlegungen verlassen können - in einer Sicherheitspartnerschaft. Aus Partnern können Freunde werden - nie aber aus Gegnern, die Feindbilder aufpollern.

In der nun schon über vierzigjährigen kriegsfreien Zeit in Europa ereigneten sich an anderen Stellen dieser Welt mehr als 150 kriegerische Auseinandersetzungen, deren Folge der Tod von vielen Millionen Menschen war. In vielen Ländern leben heute Menschen unter ähnlichen Verhältnissen wie die Menschen in Europa während des Zweiten Weltkrieges. Wir dürfen nicht annehmen, in Frieden zu leben, solange auf anderen Kontinenten tagtäglich in Kriegen Männer, Frauen und Kinder sterben.

Es gibt häufig dort Krieg und Kriegsgefahr, wo Menschen ihrer Freiheit beraubt oder unterdrückt werden. Die Durchsetzung der Menschenrechte auf persönliche Freiheit und soziale Sicherheit ist daher ganz besonders die Aufgabe derer, die für sich bereits viele dieser Rechte errungen haben. Zu Freiheit und sozialer Sicherheit gehört das Recht, sich in freien Gewerkschaften zusammenzuschließen.



Die Industrieländer müssen sich ihrer Verantwortung gegenüber den Ländern der sogenannten Dritten Welt bewußt werden. Der Rüstungsexport in diese Länder muß endlich beendet werden. Vielmehr muß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Länder der Dritten Welt gefördert werden. Dazu gehört die Steigerung ihrer Erlöse aus dem Verkauf von Bodenschätzen und landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Denn dort, wo Verelendung Platz greift, wächst die Gefahr des Krieges.

Die Industrieländer müssen mehr finanzielle und wissenschaftliche Mittel einsetzen, um den Ländern der Dritten Welt Hilfe zur Selbsthilfe, Hilfe zur Entwicklung demokratischer Strukturen in wirtschaftlicher Sicherheit zu geben. Die Verschuldungskrise vieler Entwicklungsländer muß im Rahmen des Internationalen Währungsfonds durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln überwunden werden.

Gerade wir Deutschen müssen Signale für den Frieden setzen. Hierzu müssen unsere Kinder erzogen werden. Dies ist die Lehre, die wir alle aus der Vergangenheit ziehen. Diejenigen, die das politische Geschehen bestimmen, müssen ihr Handeln unabdingbar in den Dienst des Friedens stellen.

Unsere Regierung darf nicht länger den Bremsen im Prozeß um mehr Abrüstung und Sicherheit spielen. Vielmehr verlangen wir von ihr, daß sie selbst die Initiative ergreift, damit endlich umfassend abgerüstet wird. Wir erwarten von ihr Initiativen, damit mehr gegen die Verschuldung und die Verelendung in der Dritten Welt geschieht.

Hierfür setzt sich der DGB ein:

- Schluß mit dem Wettrüsten. Oberstes Ziel muß die Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen in Ost und West sein.
- Zuerst der vollständige Abbau aller landgestützten atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen. Danach müssen weitere Lösungen zum Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Atomwaffen führen.
- Keine Androhung und Anwendung von Gewalt. Der Vorschlag, die bestehenden Militärdoktrinen gemeinsam zu prüfen und zu verändern, muß aufgegriffen werden. Das Ziel muß eine Angriffsunfähigkeit beider Seiten sein.
- Keine Entwicklung neuer Waffensysteme. Jede Entwicklung von Weltraumwaffen und jede Beteiligung daran muß sofort eingestellt werden.
- Bestehende Rüstungskontrollverträge müssen eingehalten und zum Ausgangspunkt weiterer gemeinsamer Abrüstungsverträge werden.
- Einstellung aller Atomwaffentests. Wenn keine neuen Atomwaffen entwickelt werden, sind Atomwaffentests überflüssig.
- Verbot der Herstellung, Lagerung und Anwendung biologisch-bakteriologischer sowie chemischer Kampfstoffe.
- Abbau von Truppen und Waffen im konventionellen Bereich.
- Keine Verlängerung des Wehr- und Zivildienstes.
- Keine Form des Frauenwehrdienstes. Auch der freiwillige Dienst von Frauen in der Bundeswehr muß unterbleiben.
- Entspannungspolitik vor dem Hintergrund des Gedankens, daß Sicherheit für beide Seiten nur gemeinsam zu schaffen ist.
- Die Rüstungsexporte in Länder der Dritten Welt müssen beendet werden. Der gesamte internationale Waffenhandel muß drastisch eingeschränkt werden.
- Die bestehenden Ansätze in Rüstungsbetrieben zur Umwandlung der Produktion für zivil nutzbare Produkte müssen unterstützt und ausgeweitet werden.
- Die Forschung für den Frieden muß zentrale Aufgabe werden. Die Erziehung zum Frieden in allen Bildungseinrichtungen muß zur Selbstverständlichkeit werden.

(-/4.8.1987/rs/ka)

